



„Wer rausgeht, kann nicht mitwirken“

Hans-Georg Maaßen will den CDU-Mitgliedern eine Stimme geben, die mit dem bisherigen Kurs der Union nicht einverstanden sind

Der frühere Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen hat sich nach seinem Ausscheiden aus dem Amt der WerteUnion angeschlossen, einer Bewegung, die für eine konservative Erneuerung der CDU kämpft, von der Parteiführung allerdings keine Wertschätzung erfährt. Hans-Georg Maaßen gilt innerhalb und außerhalb der WerteUnion als das „Zugpferd“ der Bewegung, wovon in der Vor-Corona-Zeit starke Besucherzahlen auf seinen Vortragsveranstaltungen ein beredtes

Beispiel lieferten. Die WerteUnion hatte im Vorfeld der Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden für Friedrich Merz die Werbetrommel gerührt. Da nun Armin Laschet zum CDU-Vorsitzenden gewählt wurde, muss die WerteUnion ihre Zielsetzung neu definieren, heißt es aus dem Umfeld des WU-Vorsitzenden Alexander Mitsch. Über die Fragen, die mit einer Weiterentwicklung beziehungsweise einer Neudefinition der WerteUnion zusammenhängen, sprach Hans-Georg Maaßen mit Janina Schäfer.

? Simone Braun, stellvertretende Bundeschefin der WerteUnion, findet die Wahl von Armin Laschet zum CDU-Parteivorsitzenden „frustrierend“. Zitat: „Der Wille eines großen Teils der CDU-Basis werde mit Füßen getreten.“ Sehen Sie das auch so?

Dr. Hans-Georg Maaßen: Für mich ist es eher wie nach einem verlorenen Fußballspiel: Wir sind enttäuscht, weil wir Friedrich Merz für den besseren Spieler hielten und er nicht gewonnen hatte, aber das ist kein Grund für uns die Fußballschuhe an den Nagel zu hängen, sondern erst Recht weiter zu machen. Das erwartet auch die Mehrheit der Mitglieder, die sich einen anderen Parteivorsitzenden wünschte.

? Halten Sie es für einen Fehler, dass Merz nach seiner Wahlniederlage nicht für einen Platz im Präsidium der CDU kandidiert hat?

Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Merz hätte vermutlich bessere Chancen gehabt, wenn er aus einem Partei- oder Regierungsamte heraus sich auf den Parteivorsitz beworben hätte. Wer von außen kommt, hat es immer schwer. Viele seiner Anhänger verstanden es deshalb nicht, warum er 2002 bei seiner Niederlage gegen Frau Merkel als Fraktionsvorsitzender und 2018 bei seiner Niederlage gegen Frau Kramp-Karrenbauer, nicht bereit war, ein Amt in der zweiten politischen Reihe zu übernehmen oder seinen Hut für andere Funktionen in den Ring zu werfen. Dass er anders als Röttgen und Spahn nicht für das Präsidium kandidier-

te, halte ich für einen Fehler und es enttäuscht sicher viele seiner Anhänger.

? Bei der Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden haben immerhin 47 Prozent der Delegierten den Ex-Unionsfraktionschef gewählt, sodass man durchaus von einem Merz-Lager sprechen kann, zumal Merz auch in der Stichwahl gegen Annegret Kramp-Karrenbauer 48 Prozent der Stimmen erhielt. Liegt nicht in einer Zusammenarbeit mit dem sogenannten „Merz-Lager“ die Chance für die WerteUnion, ihren Zielen verstärkt Geltung zu verschaffen?

Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich würde nicht von einem dezidierten „Merz-Lager“ sprechen, sondern von Parteimitgliedern, die ihn deshalb unterstützten, weil sie nicht wollen, dass die CDU weiterhin links-grüne Positionen vertritt. Er war der Hoffnungsträger einer Politikwende in der CDU und in Deutschland. Nicht nur die 47 Prozent der Delegierten, sondern nach Meinungsumfragen auch die Mehrheit der Mitglieder wollte diese Politikwende. Die WerteUnion ist eine Bewegung der Parteibasis und sieht sich als Stimme dieser Mehrheit der Mitglieder, und sie will in ihrem Sinne auf eine Politikänderung hinwirken.

? Auch eine Zusammenarbeit mit der Jungen Union scheint doch im Rahmen des Möglichen zu liegen, zumal deren Vorsitzender Tilman Kuban Ihren Ideen und Vorstellungen sehr nahe kommt, indem er fordert, die Themenbereiche, für die Merz stehe, stärker zu beachten.



„Dass Friedrich Merz nicht für das CDU-Präsidium kandidierte, halte ich für einen Fehler und enttäuscht sicher viele seiner Anhänger.“

Dr. Hans-Georg Maaßen: Die WerteUnion will in die CDU hineinwirken und dabei geht es in erster Linie um Sachthemen. Themen wie Migration, die Corona-Bekämpfungspolitik, die Klimapolitik, Medien und Meinungsfreiheit. Jede Gruppe in der Union, die die Positionen der WerteUnion unterstützt, ist als Partner willkommen.

? WU-Vorsitzender Alexander Mitsch wird in einer Pressemeldung wie folgt zitiert: „Wir bieten der Parteispitze unsere konstruktive Zusammenarbeit an, um die CDU wieder auf Kurs zu bringen.“ Stimmen Sie dem zu?

Dr. Hans-Georg Maaßen: Natürlich. Unser aller Interesse besteht darin, dass die CDU den bisherigen links-grünen Kurs aufgibt.

? Macht es Ihnen Hoffnung, wenn der über die Parteigrenzen hinweg hochgeschätzte Wolfgang Bosbach sich im Deutschlandfunk wie folgt äußerte: „In der WerteUnion werden Positionen vertreten, die bis vor 10 bis 15 Jahren noch ganz selbstverständlich zum Meinungsspektrum der Union gehört haben.“

Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Bosbach hat Recht, und das sieht – jedenfalls nach Meinungsumfragen – auch die Mehrheit der Mitglieder so. Diese Mitglieder sind nicht in die CDU eingetreten, um links-grüne Politik zu unterstützen.

? Der inzwischen vom Amt abberufene Pressesprecher der WerteUnion, Felix Schönherr, will den Bundesvorsitzenden Alexander



Mitsch im Amt ablösen, weil – so wird kolportiert – Alexander Mitsch weiter das Ziel verfolgt, die Inhalte der WerteUnion in der CDU zur Geltung zu bringen. Felix Schönherr will da wohl einen radikaleren Weg gehen. Droht der WU die Spaltung?

Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist das satzungsmäßige Ziel der WerteUnion in die Unionsparteien hineinzuwirken und keine eigene Partei zu sein. Eine entsprechende Satzungsänderung erwarte ich nicht und hielte sie auch nicht für sinnvoll. Die Neuwahl des Vorstands steht turnusmäßig erst im Sommer an. Schauen wir mal, wer sich bis dahin noch um den Vorsitz der WerteUnion bewerben will. Es ist immer gut, wenn man die Wahl zwischen mehreren Kandidaten hat.

? Der Journalist Hinrich Rohbohm, bis zu seinem Austritt aus der WerteUnion immerhin stellvertretender Vorsitzender, hat die Vereinigung verlassen mit der Begründung, die WerteUnion würde sich mit ihrer Politik zu sehr der AfD annähern. Gibt Rohbohm den WU-Kritikern aus der CDU-Mutterpartei damit nicht Recht?

Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, das sehe ich völlig anders. Die WerteUnion vertritt lediglich die Positionen, die bis vor einigen Jahren völlig unumstrittene Positionen

„Die WerteUnion vertritt lediglich die Positionen, die bis vor einigen Jahren völlig unumstrittene Positionen der CDU waren.“

der CDU waren. Sie zitierten vorhin Herrn Bosbach, der das offensichtlich genauso sieht. Die Tatsache, dass manche klassische Position der CDU inzwischen auch von der AfD vertreten wird, macht sie nicht schlechter.

? Es wurde auch schon diskutiert, aus der WU eine eigenständige Partei zu machen. Was sagt das CDU-Mitglied Maaßen zu einem solchen Vorschlag?

Dr. Hans-Georg Maaßen: Davon halte ich nichts. Der Auftrag der WerteUnion besteht darin, die Stimme der Mitglieder zu sein, die

mit dem bisherigen Kurs der Union nicht einverstanden sind. Dieser Auftrag ist durch die Wahl des neuen Parteivorsitzenden nicht weggefallen, sondern sogar noch wichtiger geworden. Nach der Wahl von Laschet hatte die WerteUnion durch Neueintritte deutlich Mitglieder dazugewonnen und fühlt sich gestärkt. Immer mehr CDU-Mitglieder merken: Wer rausgeht, kann nicht mitwirken. Es gibt auf Bundesebene über 100 registrierte politische Kleinstparteien, die alle keine Chancen darauf haben, Politik zu gestalten. Das Angebot ist groß genug. ■



Mit Hans-Georg Maaßen sprach Janina Schäfer

(Foto: BDS-Archiv)

Hans-Georg Maaßen im MD-Portrait

Der studierte und promovierte Jurist Hans-Georg Maaßen wurde am 01. August 2012 durch den damaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt und am 10. August 2012 in Köln in sein Amt eingeführt. Als BfV-Chef genoss Maaßen national wie international eine hohe Reputation – vor allem durch seine Erfolge bei der Terrorismusbekämpfung. Unter seiner Ägide konnten zahlreiche geplante Terroranschläge muslimischer Extremisten verhindert werden.

Keine belastbaren Informationen

Maaßens Karriere als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz endete abrupt, als er nach den Ausschreitungen von Chemnitz der Bundeskanzlerin in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung dahingehend widersprach, dass es nach seinen Erkenntnissen nicht zu „Hetzjagden“ auf ausländisch aussehende Menschen gekommen sei. „Dem Verfassungsschutz lägen keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben“, so Maaßens offizielle Bewertung. Auch gebe es keine Belege für die Authentizität eines im Internet verbreiteten Videos, das eine solche mutmaßliche Jagd zeige, weil das Video, auf das die Bundeskanzlerin Bezug genommen habe, von der als linksextremistisch eingestuften Antifa ins Netz gestellt worden sei. Ein CDU-Abgeordneter, der namentlich nicht genannt werden möchte, sprach in diesem Zusammenhang anlässlich eines Hintergrundgesprächs mit BDS/BVMU-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer gar von einem Gesinnungskartell aus Bundeskanzleramt, ARD und Antifa.

„Neue Qualität der Falschberichterstattung“

Obwohl auch die Generalstaatsanwaltschaft Dresden bestätigte, dass ihr keine Belege für Hetzjagden vorlägen, stießen Maaßens Äußerungen auf die scharfe Kritik führender Politiker von SPD, FDP, Linken und Bündnisgrünen.

Nachdem der SPD-Parteivorstand am 13. September 2018 Bundeskanzlerin Merkel aufforderte, für Maaßens Ablösung als Verfassungsschutzpräsidenten zu sorgen, einigte sich die Regierungskoalition darauf, Maaßen als BfV-Präsidenten abzusetzen



Ex-BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen

und ihm gleichzeitig eine Verwendung als Staatssekretär im Bundesinnenministerium zu ermöglichen.

Nachdem allerdings im Intranet des BfV Maaßens Abschiedsrede vor europäischen Vertretern der Inlandsnachrichtendienste veröffentlicht wurde, in der er seine Wortwahl zu den Ausschreitungen in Chemnitz erneut verteidigte und von „linksradikalen Kräften in der SPD“ sowie von einer „neuen Qualität der Falschberichterstattung in Deutschland“ sprach, sah sich Bundesin-

nenminister Horst Seehofer – auf Druck aus den eigenen Reihen und des Koalitionspartners SPD – genötigt, den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zu bitten, Maaßen mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, was dann auch am 15. November 2018 geschah.

Angst vor freier Meinungsäußerung

Nach seiner Versetzung in den Ruhestand trat Hans-Georg Maaßen am 16. Februar 2019 erstmals wieder öffentlich auf, als er eine Rede vor Mitgliedern der WerteUnion in Köln hielt. Darin kritisierte Maaßen die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin und die aus seiner Sicht daraus erwachsende Gefahr islamistischen Terrors. Und er beklagte ein Klima, in dem viele Angst hätten, ihre Meinung frei zu äußern, „um nicht in die rechte Ecke gestellt zu werden“ (Berichterstattung *Spiegel-online* vom 16.02.2019).

Am 21. Februar 2019 teilte der Vorsitzende der WerteUnion, Alexander Mitsch, der Öffentlichkeit mit, dass das CDU-Mitglied Maaßen der Gruppierung beigetreten sei. Seitdem sorgt Maaßen bei Veranstaltungen der WerteUnion für volle Säle. Und auch Bundesinnenminister Horst Seehofer bezeichnete gegenüber der Süddeutschen Zeitung die damalige Unterstützung für Maaßen nicht als Fehler, „denn er habe hohe Achtung vor Maaßens Kompetenzen und vertraue ihm als Person“.



Hans-Georg Maaßen im Gespräch mit Joachim Schäfer